



Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 7/2002 (08. April 2002)

eMail: sand.im.getriebe@attac.org

Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Der Inhalt

1. **Die größte Demonstration gegen die liberale Globalisierung, die es je gegeben hat von Christophe Aguiton.** Am 16. März hat die Bewegung in Barcelona erneut eine Schwelle überschritten. Nach Angaben der katalanischen Polizei gab es 250 000 Demonstranten, den Veranstaltern zufolge eine halbe Million und laut Presse 300 000.
2. **Krieg der Standorte oder Kooperation der Regionen Alternative Leitbilder der Globalisierung. Von Wolfram Elsner** Seit den 80er Jahren leben wir in einer Zeit weltweit beschleunigter Umstrukturierung von ursprünglich mehr oder weniger *in regionalen Kontexten* „gewachsenen“ Kulturen. Die Welt wird dabei nicht nur produktions-räumlich reorganisiert, sie wird auch in der Vielfalt der bestehenden Eigentums-, Arbeits-, Organisations- und sozialen Interaktionsformen sowie den Formen (und Inhalten) von Politik mit einer selten gekannten Geschwindigkeit, räumlichen Reichweite und Eingriffstiefe umgewälzt.
3. **Hermes beweg Dich! Von Swaantje Fock, Regine Richter und Heike Drillisch.** Hermesbürgschaften sind das bedeutendste Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung, zuständig für die Absicherung deutscher Exporte in Schwellen- und Entwicklungsländer gegen wirtschaftliche und politische Risiken. In den letzten Jahren sorgte Hermes durch die Verbürgung katastrophaler Großprojekte immer wieder für Skandale.
4. **Multilaterale Organisationen und die Architektur globaler Macht. Vorschlag eines pluralistischen Systems der globalen wirtschaftlichen Macht von Walden Bello.** Es besteht ein dringender Bedarf nach einem alternativen System der globalen Machtstruktur. Wir sind nicht der Ansicht, dass das Nachdenken über ein alternatives System globaler Herrschaft eine Aufgabe ist, die sich zum Großteil noch in einem urzeitlichen Stadium befindet. Unserer Meinung nach sind viele oder die meisten der grundlegenden und weitreichenden Grundsätze für eine alternative Ordnung bereits vorhanden, und es ist einzig und allein eine Frage, inwiefern sich konkrete Gesellschaften auf diese weitreichenden Prinzipien in einer Art festlegen, welche die Vielfalt der Gesellschaften respektiert.

1. Die größte Demonstration gegen die liberale Globalisierung, die es je gegeben hat von Christophe Aguiton*

Am 16. März hat die Bewegung in Barcelona erneut eine Schwelle überschritten. Nach Angaben der katalanischen Polizei gab es 250 000 Demonstranten, den Veranstaltern zufolge eine halbe Million und laut Presse 300 000.

Was auch immer die exakten Zahlen sein mögen, die Demonstration von Barcelona anlässlich des EU-Gipfels war mindestens so groß wie die von Genua im Juli 2001 beim Treffen der G 7. Eine ebenso beeindruckende wie völlig unerwartete Teilnehmerzahl: die Veranstalter hatten mit etwa 50 000 Menschen gerechnet und dass der Europäische Gewerkschaftsbund zwei Tage zuvor mit 100 000 Teilnehmern demonstrierte, hatte schon die Befürchtung aufkommen lassen, dass die Kräfte verzettelt würden, was einer Demonstration der Stärke ja nicht gerade zuträglich ist.

Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als - wie in Genua - der Druck von Seiten der Polizei und der Medien im Vorfeld sehr stark war: Dutzende von Präventivverhaftungen in Barcelona, geschlossene Grenzen für die 1500 bis 2000 Franzosen und Belgier, die an der Demonstration teilnehmen wollten, eine anti-terroristische und anti-baskische Hysterie, mit der sogar die Präsenz von Kampfflugzeugen rechtfertigt wurde.

Ein letzter Punkt, der von der Bedeutung des Ereignisses zeugt: In Barcelona handelte es sich, in noch stärkerem Maße als bei anderen Kundgebungen gegen die liberale Globalisierung, um eine Mobilisierung *v o r O r t*. Von einem Block einiger Tausend Basken abgesehen, die sehr auffällig waren und kämpferisch auftraten, war nahezu die Gesamtheit der Transparente auf Katalanisch und die Delegationen aus anderen Teilen Spaniens blieben sehr im Hintergrund. Was europäische Delegationen angeht, sah man neben symbolischen Delegationen aus verschiedenen Ländern, nur einige Hundert Franzosen, der Rest der Truppen wurde von spanischer Polizei am Perthus festgehalten.

Die Gründe für diesen Erfolg verdienen es, genauer betrachtet zu werden. Gewiß war der EU-Gipfel von Barcelona wichtig. Die Liberalisierung des Energiemarktes war der am stärksten wahrgenommene Teil der Tagesord-

nung, auf der aber auch die Freigabe des Eisenbahngüterverkehrs für den Wettbewerb, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die europäische Haltung zur UNO-Konferenz von Monterrey über die Entwicklungsfinanzierung und eher technische Fragen standen, wie Galileo, das europäische Äquivalent zum GPS, das amerikanische Satellitenortungssystem. Es gab also genug gute Gründe, *g e g e n* ein Europa zu demonstrieren, das den öffentlichen Dienst zu schleifen begonnen hat und für noch mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sorgt, und *f ü r* ein Europa, das die sozialen Rechte und die Umwelt achtet und andere Beziehungen zu den Ländern des Südens aufnimmt.

Aber dieser Gipfel war nur ein Zwischengipfel in der Zeit der spanischen EU-Ratspräsidentschaft und normalerweise konzentrieren sich die Mobilisierungen auf das Abschlußtreffen, wo die die wirklich wichtigen Entscheidungen gefällt werden. Nicht zu vergessen das klassische Argument, demzufolge es leichter ist, gegen die WTO oder die G 7 zu mobilisieren, da sie sich eher als Ziele anbieten als die Europäische Union, die eine Pforte zum Eintritt in die liberale Globalisierung ist, aber eben gleichzeitig auch ein Raum für ein anderes soziales und demokratisches Modell und eine andere Umweltpolitik sein könnte.

Um diesen unglaublichen Erfolg zu verstehen, muss man ihn in die Reihe der gegenwärtigen Mobilisierung gegen die liberale Globalisierung stellen, die sich seit Quebec, Genua und Porto Alegre voll in einer Phase der Ausweitung und Vorbereitung ihrer Massenbasis befindet.

Barcelona ist eine der Bastionen dieser Bewegung. Schon im Juni 2000 hatte sich, infolge von Kontakten, die anlässlich des Sozialgipfels in Genf und der Demonstration in Prag im September desselben Jahres geknüpft worden waren, das "Movimiento de Resistencia

Global" gebildet und seitdem hatte es bedeutende Aktionen mit Massenbeteiligung gegeben. Seitdem sah man Aktivisten aus Barcelona überall. In Nizza, Genua oder Brüssel. In Barcelona selbst führte die Ankündigung einer Tagung der Weltbank im Juni 2001 zu einer so breiten Mobilisierung, dass die Bank es schließlich vorzog, ihre Tagung abzusagen, die Kampagne indes fortgeführt wurde und zur Feier des Ereignisses schließlich eine Demonstration mit 20 000 Teilnehmern stattfand.

Das Gipfeltreffen der Europäischen Union war für die Freunde in Barcelona nun der erste "echte" Anlaß, um endlich massiv auftreten zu können.

Die Zusammensetzung der Demonstration vom 16. März war charakteristisch für die Bewegung in Katalonien: Jugendliche als treibende Kraft, eine sehr starke Durchmischung, die alle sozialen Bewegungen einbezieht sowie sehr basisorientierte und dezentrale Organisationsformen.

Drei "Blöcke" hatten zur Demonstration aufgerufen. Zunächst die "Kampagne gegen das Europa des Kapitals", die mehr als 100 verschiedene Gruppen und Vereinigungen umfasst, unmittelbar aus der Kampagne gegen die Weltbank hervorgegangen ist und deren sehr junge Animatoren in der Mehrzahl aus dem "Movimiento de Resistencia Global" kommen, dann die katalanischen und baskischen Nationalisten und schließlich das "Foro Social de Barcelona", in der sich die parlamentarische Linke zusammengeschlossen hat, die den Sozialdemokraten der PSOE und der Izquierda Unida sowie den großen Gewerkschaften Comisiones Obreras und UGT verbunden ist.

Die Demonstration hatte alles, was wirklich massenhafte Mobilisierungen auszeichnet. Die Menge war sehr kompakt, also ganz anders als bei eher institutionellen Demos, wo die Transparent- und Fahnenträger schon wissen, wie sie den Abstand zwischen den Reihen handhaben müssen, um die Illusion der großen Teilnehmerzahl zu erzeugen. Alle Blöcke waren massiv, mehr als 1 000 beim Block der Frauenbewegung, 3 000 bei AT-TAC, Tausende für die Verteidigung der Palästinenser, für den Schutz der Umwelt oder

bei den radikalen Gewerkschaften wie der CGT, die das Erbe der anarcho-syndikalistischen CNT der 30er Jahre angetreten hat. Aber alle Blöcke waren in sich gemischt, bestanden mehrheitlich aus jungen Leuten, aber eben auch aus Leuten jeglichen Alters und jeglicher [politischen] Herkunft: so konnte man etwa Leute mit Stickern der PSC, des katalanischen Zweigs der PSOE, im Block der Autonomen sehen...

Das Kräfteverhältnis zwischen den Blöcken war eindeutig. Die Nationalisten waren mit 5 000 bis 10 000 Menschen vertreten, einem farbigen und sehr lebendigen Block, der sich vor allem aus Katalanen zusammensetzte - die Basken, mit Ausnahme einer Reihe von Repräsentanten von Institutionen, fühlten sich vom Block der sozialen Bewegungen angezogen, der von "Einen Eta Mundua", dem baskischen Äquivalent des "Movimiento de Resistencia Global" angeführt wurde. Das "Foro Social de Barcelona", ganz hinten aufgestellt, war etwa gleich stark, aber entschloß sich, entmutigt vom langen Warten, den eigenen Block aufzulösen, bevor die Demonstration überhaupt losging. blieb, an der Spitze der Demonstration, die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer mit der Kampagne gegen das Europa des Kapitals.

Stärker als im Rest Europas hat es in Katalonien und in Spanien ganz allgemein, mit Ausnahme des Baskenlands, in den 80er Jahren einen sehr deutlichen Bruch zwischen den Generationen von Aktivisten gegeben. Der Horizont der radikalen Linken und der sozialen Bewegungen der 70er Jahre war vom Sturz des Frankismus beherrscht und die Erfahrung der portugiesischen Revolution konnte hoffen lassen, dass die Überwindung der Diktatur in einen Bruch mit dem Kapitalismus münden würde. Der demokratische Übergang und die Moncloa-Abkommen zwischen Gewerkschaften und Regierung haben diese Hoffnung zerstört und eine dauerhafte Schwächung ganzer Schichten von politischen Aktivisten mit sich gebracht.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als es zu neuen Mobilisierungen kam, fand eine neue Generation von Aktivisten freies Terrain vor, auf dem sie neue Aktionsformen ausprobieren und ihre eigenen Bewegungen entwickeln

konnte. Dabei hat das Beispiel der USA auf viele ansteckend gewirkt und man kann beobachten, wie diese Ansteckung über den Atlantik hinweg Barcelona erreicht hat, von kleinen Details bis hin zu Substantiellerem: Handzeichen, um Zustimmung auszudrücken, aktive Gewaltfreiheit, schnelle Entwicklung organisatorischer Strukturen – das "Movimiento de Resistencia Global" befindet beispielsweise in einem Prozess der Auflösung, der dem des "Direct Action Network" nach der Aktion in Washington vom April 2000 vergleichbar ist. Diese Dinge haben umso schneller um sich gegriffen, als sie einer in Katalonien stark verwurzelten libertären Kultur, einer "cultura assamblear", einer Kultur von Versammlungen, sehr entgegen kommen.

Aber die gesellschaftlichen Beziehungen hier sind doch sehr viel engmaschiger als in den USA. Und konnten wir das seltene Schauspiel erleben, dass die Bewegung – hier die Demonstration vom 16. März – von diesen neuen Aktionsformen geprägt ist – beispielsweise die erste Reihe der Demo, um jegliche Personalisierung zu vermeiden, aus ausgesuchten "anonymen" Aktivisten besteht – , gleichzeitig aber eben in der Lage ist, alle Bestandteile der Gesellschaft zu integrieren, alle Altersgruppen und alle sozialen Sektoren.

Einige Bemerkungen zum Schluß. Wir sollten darauf achten, wie diese Demonstration die öffentliche Diskussion beeinflusst. Dazu nur ein Beispiel: EL PAIS, die große Madrider Tageszeitung titelte: "Die katalanische Hauptstadt erlebte die größte Demonstration für eine andere Globalisierung". Die Bezeichnung "Globalisierungsgegner" ist nicht länger die einzige, die die große Presse verwendet!

Schließlich die untergeordnete Rolle der Gewalt in Barcelona. Natürlich gab es einige Zwischenfälle, einige angezündete Mülleimer, einige Steinwürfe, aber nichts wirklich Bedeutsames, in der Realität nicht mehr als in den Medienberichten, wobei die Nervosität der Polizei – zu Recht – als Auslöser dieser geringfügigen Zwischenfälle angesehen wurde. Auch hier steht, nach den Ausschreitungen von Göteborg und Genua, Barcelona im Gefolge von Brüssel für eine größere Reife der Bewegung.

Die Frage der Bewegungsfreiheit in Europa ist hingegen ein großes Problem. Wir können unmöglich hinnehmen, dass sich ein Zustand entwickelt, in dem es als normal gilt, dass Regierungen in Europa die Bewegungsfreiheit der Bürger einschränken und die Teilnahme an Demonstrationen verunmöglichen. Der Protest der Bewegungen, insbesondere der Protest von ATTAC, gegen diesen Anschlag auf die grundlegenden Freiheitsrechte hat einen gewissen Eindruck hinterlassen, aber er muss verstärkt und ausgeweitet werden.

Schließlich muß man darauf achten, wie sich das Ereignis dieser Demonstration auf das Netz der Aktivisten auswirkt. Im Fall Spaniens dürften die Auswirkungen sehr stark sein; die Mobilisierung für Sevilla im Juni aus Anlass des EU-Gipfels wird das zeigen. Allgemeiner gesehen, liegt für Spanien wie für den Rest Europas eine Schlüsselfrage darin, ob die Bewegung in der Lage ist, sich minimale Strukturen zu geben. Ohne noch einmal darauf zurückzukommen, welche Errungenschaft dezentrale und demokratische Formen der Mobilisierung darstellen, muss man sehen, dass die Tatsache, dass sie so schwache Strukturen hat, die Weitergabe und den Austausch von Erfahrungen zwischen der Bewegung in Katalonien und Spanien und der in anderen Ländern in Europa und der Welt und die Schaffung von Synergieeffekten sehr schwer macht.

Darin liegt eine große Herausforderung, die auf dem Europäischen Sozialforum kommenden November im Zentrum stehen sollte. Wie die Bewegung – ausgerichtet an den umfassenden Zielen, wie sie in Porto Alegre formuliert worden sind – im Weltmaßstab weiterentwickeln und sie gleichzeitig auf örtlicher, auf nationaler und kontinentaler Ebene Wurzeln schlagen lassen, und wie ihr dabei helfen, zu diesem Zweck adäquate Forderungskataloge und effiziente Aktionsformen auszuarbeiten?

Paris, 17. März 2002

* Christophe Aguiton ist bei ATTAC Frankreich verantwortlich für internationale Beziehungen.

Aus: **Grain de Sable** No. 315

Übersetzung: Horst Lauscher

2. Krieg der Standorte oder Kooperation der Regionen Alternative Leitbilder der Globalisierung. Von Wolfram Elsner

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Blätter für deutsche

und internationale Politik, Bonn, 1/2001, S. 105-113. <http://www.blaetter.de/>

Seit den 80er Jahren leben wir in einer Zeit weltweit beschleunigter Umstrukturierung von ursprünglich mehr oder weniger *in regionalen Kontexten* „gewachsenen“ Kulturen. Die Welt wird dabei nicht nur produktionsräumlich reorganisiert, sie wird auch in der Vielfalt der bestehenden Eigentums-, Arbeits-, Organisations- und sozialen Interaktionsformen sowie den Formen (und Inhalten) von Politik mit einer selten gekannten Geschwindigkeit, räumlichen Reichweite und Eingriffstiefe umgewälzt. Dabei ist die hiermit angesprochene Globalisierung nicht primär ein Produkt „marktlicher“, spontaner Funktionen, sondern ganz entscheidend *politisch-administrativ gemacht* – durch regulierte Herausnahme ausgewählter wirtschaftlicher und finanzieller Handlungsbereiche aus ihren bisherigen gesellschaftlichen Kontexten (*disembedding*) bei gleichzeitig verstärkter und autoritärerer (nationaler) Regulierung zahlreicher anderer gesellschaftlicher und politischer Bereiche, denen ein entsprechender globaler Handlungsraum und entsprechende globale Handlungserleichterungen bewußt und „reguliert“ nicht in gleichem Maße zur Verfügung gestellt werden. Zugleich geschieht dies zunehmend nach Maßgabe der dominierenden „markt“-orientierten *Weltsicht*, charakterisiert durch die bekannten Schlag-Worte „Ökonomisierung“ und „Effizienzsteigerung“, „Privatisierung“ und „Flexibilisierung“, „Dezentralisierung“, „Modernisierung“ etc. Erklärtes Ziel ist dabei die Erlangung einer globalen „Wettbewerbsfähigkeit“ für alle: Alle konkurrieren demnach um die gleichen Märkte, und alle sollen daher stets kurzfristig in der Lage sein, die „besten“ Anbieter auf den globalen Märkten zu *imitieren*. Schnell wachsende Benchmarking-, Notifizierungs-, Akkreditierungs- und Zertifizierungs-Bürokratien stellen dabei sicher, daß in allen gesellschaftlichen Bereichen international *einheitliche*, „ökonomisierte“ *Standards* nach den Krite-

rien der „erfolgreichsten“, „besten“ und „modernsten“ technisch-ökonomischen Systeme durchgesetzt werden.

Die „markt“-orientierte Umbau-Euphorie stellt sich daher vor Ort als Modernisierungsdruck nach mehr oder weniger einheitlichen und mehr oder weniger *importierten Schemata* dar, gleichsam als täglich aus dem Hut gezauberte Pro-blemlösungen – oft genug ohne Problem, zumindest ohne hinreichend konkrete Problemdefinition. Die Gesellschaft wird in einem Maße umgewälzt, daß ihre Probleme – im Rückschluß – zuvor geradezu unerträglich gewesen sein müssen oder in absehbarer Zeit geradezu unerträglich hätten werden müssen, weil der „globale Markt“ diese Gesellschaft unerbittlich abgestraft hätte. Für diese Sichtweise eines gnaden- und alternativlosen „Markt“-Wirkens gibt es zwar keine realistische theoretische oder empirische Grundlage; dennoch werden die angeblichen Erfolgsexempel täglich zitiert: „Job-Wunder USA“, „Arbeitsmarkt-flexibilisierung in den Niederlanden“, „Privatisierung des Staates in Neuseeland“ etc.

In diesem Prozeß kann man zwischen der realen Dimension von Problemen und Problemlösungen und ihrer *ideologischen* Seite immer weniger unterscheiden. Offensichtlich ist die „Markt“-Theorie zum Beschleunigungsmechanismus dieser Umstrukturierungen geworden – und zum Teil zum Ersatz-Mechanismus für reale Problembewältigung: Man wartet nicht mehr ab, bis ein reales Problem entstanden oder hinreichend deutlich absehbar ist, bis man es analysiert hat und einen angemessenen Lösungsweg entwickeln kann. Das Ideal des „Marktes“ (der wohlgemerkt nur als abstraktes Modell „vollkommener Konkurrenz“ wirklich exakt definiert ist) mit all seinen weitgehend bekannten theoretischen und methodischen Defiziten und Widersprüchen sowie diffusen Anwendungsbezügen

wird für die Realität genommen und zum eindeutigen, schnelle und einfache „Lösungen“ produzierenden „neo-liberalen“ gesellschafts-politischen Programm.(1) (Dabei ist dieses weder „neo“ noch kann es aufgrund seiner unverkennbaren Interessenbindung und entsprechenden Ziele, Handlungsempfehlungen und zerstörerischen Wirkungen liberal sein.) (2) Die „Markt“-Konzeption „erklärt“, postuliert und beschleunigt damit einen weltweiten Abbau kultureller *Diversität*, soweit diese das Funktionieren der „Märkte“ beeinträchtigen könnte. Sie forciert daher vornehmlich die Zer-störung der sozialen Aspekte der verschiedenen kulturellen Systeme.(3) Fuat Keyman spricht von einer „Universalisierung der modernen Identität“ und beschreibt sie als eine (ideologisch bedingte) Auflösung von Diversität in scheinbare globale Einheitlichkeit, während tatsächlich ungleiche Entwicklung in globalem Maßstab geschaffen wird.(4)

Mit diesem wesentlich ideologisch forcierten und zugleich politisch administrierten Dis-Embedding von Ökonomie, der globalen hierarchischen Uniformierung der Regionen nach bestimmten Schemata und der Diversitätsreduktion zwischen regionalen Kulturen ist in der Tat eine globale Vereinseitigung der überkommenen Machtverteilungen, eine Abwertung nicht-mächtiger regionaler Kulturen, ein globaler struktureller „Kriegs“-Zustand zwischen den regionalen „Standorten“, mit potentiell erhöhter Bedeutung von Gewaltanwendung (einschließlich eines „heißen“ Krieges der mächtigen und zentralen Regionen gegen die weniger mächtigen und peripheren) und schließlich ein Verlust an Problemlösungskapazität (Resilienz) des globalen gesellschaftlichen Systems impliziert. Wir wollen dies im einzelnen erläutern und einen alternativen Ansatz für die globalen, inter-regionalen und inter-kulturellen Beziehungen skizzieren. Während die Globalisierung meist makro-ökonomisch, d.h. entweder wirtschafts- und steuerungspolitisch, finanz(markt)politisch oder beschäftigungspolitisch analysiert wird, betrachten wir sie hier also regionalpolitisch, das heißt als *System (zunehmender) inter-regionaler Interdependenzen und Interaktionen*. Wir knüpfen inso- weit auch an die verbreitete Erkenntnis an, daß Globalisierung mit einer neuen Regiona-

lisierung (Lokalisierung) wesentlicher Bedingungen des Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens eng verbunden ist („Glokalisierung“).

Neuer Regionalismus und struktureller Standorte-„Krieg“

Während Diversität echte Verschiedenartigkeit (Inkommensurabilität) auf vielen kulturellen Dimensionen meint, bedeutet hierarchische Uniformierung die *Vergleichbarmachung* der Kulturen nach dem einen Maßstab, dem des „Erfolges“ auf dem „Weltmarkt“. Dieser ist aber durch eine höchst ungleiche *Machtverteilung* gekennzeichnet, und seine Wirkungsweisen können von den mächtigsten Akteuren weitgehend definiert und genutzt werden. Deregulierte Märkte werden in erster Linie unkontrollierte und unkontrollierbare Machtmechanismen. Nicht mit besonderer ökonomischer, finanzieller und politischer Macht ausgestattete regionale Kulturen sehen sich daher zum Teil einem *Abwertungsdruck* auf ihre humanen und ökologischen Ressourcen, ihr Sozialkapital und ihre Institutionen, also ihre Kultur ausgesetzt, der einer totalen Kapitulation vor dem politisch-ökonomischen Expansionszwang der mächtigeren, zentralen Regionen gleichkommt. In der Sicht des international (beruflich oder touristisch) reisenden Individuums aus entwickelten Staaten kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Prägung mag bei alledem noch die Vorstellung einer gleichberechtigten „Kreuzung“ und Mischung der Kulturen entstehen. Tatsächlich aber werden Kulturen von sehr unterschiedlicher Macht und Dynamik konfrontiert. Neben einigen wenigen Aspekten der gleichberechtigten Interaktion dominiert jedenfalls die Uniformierung und zugleich Hierarchisierung der interregionalen Strukturen nach den ideologischen Mustern der wirtschaftlich, finanziell, kulturell und politisch mächtigsten Akteure.

Daß Krieg in den letzten Jahren wieder zum Mittel der Tagespolitik werden konnte, hat ebenfalls im Dis-Embedding der Ökonomie, in „markt“-forcierter Globalisierung sowie entsprechender kultureller Abwertung und Diversitätsreduktion strukturelle Ursachen. Jenseits einer notwendigen politisch-ökonomischen Analyse der jüngsten Welle von Neo-Imperialismus und seiner ökonomischen, politischen, ideologischen, medien-

strukturellen und sozialpsychologischen Voraussetzungen innerhalb der reichen Interventionsmächte ist das vorherrschende System der Globalisierung als Ursachenkomplex zu betrachten. (5) Unsere These ist, daß dieses System, als inter-regionales Interaktionssystem betrachtet, eine Kultur des potentiellen Krieges hervorbringt, die auch Formen des Konfliktaustrags fördert.

Die Globalisierung hat in der Tat im Zuge der (politisch organisierten) deregulierten „Dezentralisierung“ und *Regionalisierung*, das heißt, der weitgehenden Abwälzung staatlicher gesellschaftspolitischer Aufgaben (v.a. der Beschäftigungs- und Sozialpolitik) auf die Regionen (*devolution*), denen dafür die Mittel strukturell nicht zur Verfügung stehen, den Charakter eines latenten Krieges der Wirtschaftsstandorte angenommen.

Positive Aspekte des weltweiten Neuen Regionalismus können grundsätzlich nur dort anfallen, wo ein *proaktiver überregionaler Rahmen* ansatzweise die Regionenkonzurrenz begrenzt und kanalisiert, demokratische (national-)staatliche und makroökonomische Bedingungen sowie inter-regionale Ausgleichsziele setzt. (6) Dagegen hat sich als Kern der Entwicklung herausgestellt, daß die Regionen mit dem Rücken an die Wand gedrängt wurden, so daß sie kaum noch Handlungsalternativen zu jener „Modernisierungs“-Strategie zu besitzen scheinen. Als lokal gebundene Akteure stehen sie einer Akteurskategorie, den global fast völlig befreiten und enthemmten Unternehmen der großen Sach- und Finanzbesitzer, gegenüber, die die regionale Dimension ihres Handelns praktisch völlig beherrschen. Das Standort-Angebot der Regionen ist *immobil*, ein vollständig „unelastisches“ Angebot. Die Standort-Nachfrager dagegen sind mobiler und „elastischer“ als je zuvor.

Im Ergebnis entsteht zunehmend gleichschaltende Konkurrenz um zunehmend ubiquitäre angebotsseitige „Standortbedingungen“ – ein der Art und Intensität nach in praktisch jeder Hinsicht dysfunktionales und kontraproduktives Konkurrenzsystem. Eine Art globaler Standorte-„Krieg“ ist die Folge, zugleich eine ökonomische, fiskalische und kulturelle inter-regionale Grundlage, die jederzeit militärische Kriegsführung der größten und reichsten

Mächte (das heißt ihrer zentralen Regionen) gegen die ärmeren, schwächeren Mächte (das heißt ihre Ressourcenbesitzer- bzw. Absatzpotential-Regionen) ermöglicht.

Im Gegensatz zum *win-win-Versprechen* der „Markt“-Theorie, die eine globale Effizienzsteigerung in Aussicht stellt, von der „letztlich“ alle profitieren sollen, finden tatsächlich in der Regel komplexe *win-lose-Prozesse* statt, also Einkommens-, Vermögens- und Macht-Umverteilungen zu Lasten der schwächeren Regionen – aber auch zu Lasten des öffentlichen Sektors innerhalb aller Regionen und zu Lasten der Mehrzahl der Menschen, die auf einen funktionierenden (regionalen) Sozialstaat angewiesen sind.

Einiges spricht sogar für die Existenz globaler inter-regionaler *lose-lose-Situationen*. Und die Regionen sind in der Tat Teil eines Prozesses, in dem alle Konkurrenten (hier: die Regionen als Ganze, zumindest jedoch als öffentliche Gebietskörperschaften) gemeinsam am Ende schlechter dastehen, als es bei Abstimmung und gleichberechtigter Kooperation möglich wäre – weil sie ihre Konditionen in den Keller konkurrieren. Eine win-win-Situation wäre dann tatsächlich erst durch Begrenzung der Konkurrenz und durch gleichberechtigte Kooperation erreichbar. Bei ungleicher Machtverteilung zwischen den Regionen fällt jedoch der Umverteilungskampf umso schärfer aus.

Im Ergebnis dieser Rahmenbedingungen des Standorte-„Marktes“ verkaufen die Regionen sich, ihr regionales Human- und Sozialkapital und ihre regionale Natur zunehmend zum Schleuderpreis. Die sozialen Kosten dieser „Modernisierung“ bestehen in der konsequenten Ausrichtung und *Nutzbarmachung aller regionalen Ressourcen* für das Ziel, zunehmend mobile Standort-Nachfrager zu binden. Das bedeutet beispielsweise, die regionalen Arbeitskräfte strategisch als billige Angebotsmasse zu verplanen, die regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen konsequent durchzukämmen und auszurichten, für die „harten“ und „weichen“ Standortfaktoren alle öffentlichen Investitionsmittel umzuschichten (wobei traditionelle Sozial-, Bildungs- und Kulturausgaben gewöhnlich als „konsumtiv“ und damit als nur sekundär be-

deutsam definiert werden) usw. Die globalisierungsorientierte Modernisierung der Regionen gerät vor diesem Hintergrund zumeist zur Fort- und Umsetzung jener latenten Kriegssituation nach innen, und unter den gegebenen Umständen hat sie ihren Haupteffekt weniger in einer Effizienzsteigerung als in der intraregionalen gesellschaftlichen Macht- und Reichtums-Umverteilung.(7)

Dezentralisierung, Regionalisierung, Subsidiarität usw. bedeuten vor diesem Hintergrund zwangsläufig nur noch mehr Freiheit, die ungebändigte kontra-produktive Ressourcen-Verkäufer-Konkurrenz zu führen.

Bausteine für ein friedliches Regionensystem

Eine gigantische Fehlorientierung des neoklassisch inspirierten *Wettbewerbsleitbildes* liegt darin, einen globalen „Punktmarkt“ zu unterstellen, auf dem alle gleich sein und sich alle gleich verhalten müssen. Eine solche Vorstellung ist nicht nur faktisch in verschiedenster Hinsicht unhaltbar, sie wird selbst als Leitbild von den modernen Sozialwissenschaften in keiner Weise gestützt. Das Konzept eines evolutionären, mehr oder minder mittelbaren (Nischen-)Wettbewerbs raumzeit-gebundener Kulturen aber, die neben dem konkurrenzlichen Querschnittsvergleich mit anderen vor allem auch den Längsschnittsvergleich mit ihrer eigenen Vergangenheit (das heißt ihren „gewachsenen“ Qualitätsmerkmalen, Möglichkeiten und Zielen als im Grundsatz und ursprünglich angemessenen Lösungen für ihre raumzeit-spezifischen Problemlagen) vornehmen, ist zwar hochentwickelt, jedoch alltagspolitisch (noch) kaum von Einfluß.

Die Alternative eines friedlicheren globalen Regionensystems kann nur in der un-„modernen“, in gewisser Weise wertkonservativen und regionalkulturell angepaßten Wiedereinbettung der Ökonomie in die Gesellschaft gefunden werden. Wir brauchen also unter anderem ein neues Leitbild für die Globalisierung – als gleichberechtigte kooperative Interaktion der Regionen und regionalen Kulturen auf Basis einer gesicherten und *geschützten Diversität* regionaler Kulturen.(8)

In diesem Leitbild hätten selbst einzelne wohlhabende und zentrale Regionen für sich

genommen neue und größere Handlungsspielräume für Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungskonzepte, die auch übermorgen noch tragfähig wären. Für das System der Regionen insgesamt implizierte dieses Leitbild, daß die Konkurrenz auf ein vernünftiges und zu bewältigendes (das heißt ökologisch, sozial und regional verträgliches) Maß zu reduzieren ist. *International abgestimmte Standards* für den Umgang mit regionaler Natur, Arbeitskraft und Kultur, also ein internationaler Wirtschaftsförderungs-Kodex, so wie eine verbindliche Gesetzeskraft für überregionale und international abgestimmte Raum- und Ressourcennutzungsplanung wären hier zentrale strukturpolitische Handlungsfelder.(9) Die Nationalregierungen, die EU und die Gruppe der reichsten Mächte denken bisher jedoch nicht daran, den Konkurrenzdruck durch internationale Vereinbarungen, (Standort-)Standards und (Wirtschaftsförderungs-) Regeln zu reduzieren bzw. die wildwuchernde Konkurrenz auf ein regional und sozial erträgliches, bewältigbares und funktional positiv wirkendes Maß zurückzuführen. Eine international abgestimmte proaktive und prophylaktische Wirtschaftsstrukturpolitik und selbst eine abgestimmte kompensatorische Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden seit langem und immer wieder zerredet und abgelehnt. Nur die Neuorganisation des globalen Systems der regionalen Standorte im Sinne abgeschwächter Konkurrenz so wie gesicherter Diversität und Eigenentwicklungen kann jedoch den Regionen Luft verschaffen zur Gestaltung ihrer Zukunft.

Die breite Koalition von Opfern dieser Globalisierung, aus zentralen wie peripheren Regionen, die in Seattle und Washington 1999 die WTO-Maschine kurzfristig zum Stottern brachte, repräsentierte bereits symbolisch diese notwendige Wieder-Aufwertung des menschlichen Maßes.

Eine zentrale Auffassung von Sozio-Ökonomen, die von der kulturellen Eingebettetheit der Ökonomie in die gesellschaftlichen Arrangements und von vielfältigen Interaktionsformen, vor allem auch solchen jenseits des „Marktes“, ausgehen, ist nun in der Tat die Vorstellung, daß kulturelle Diversität im globalen Maßstab stets vorhanden war und

gezielt reproduziert werden muß, wenn ein Gesamtsystem, hier das globale inter-regionale System, leistungsfähig bleiben soll. Hier hat sich bereits ein umfassendes Verständnis dafür herausgebildet, daß die Stabilität, die Schock- und Problemverarbeitungskapazität (Resilienz) von Systemen von ihrer Diversität und einer entsprechenden Komplexität abhängen.(10) Der mechanischen Analogie der ökonomischen Neoklassik wurde somit eine moderne – keineswegs etwa bloß selektionsorientierte und damit tendenziell sozialdarwinistische – biologische Analogie entgegengestellt, und so die Evolutionsvorstellung für die Ökonomik fruchtbar gemacht. (11) Eine umsichtige Übertragung und Sinnhaftigmachung zentraler evolutionärer Konzepte für sozio-ökonomische Prozesse läßt erkennen, wie leicht man den Kernpunkt eines evolutionären Verständnisses verfehlen kann, wenn man Evolution auf Selektion und Imitation verengt. Dies würde Entwicklung auf einen Uniformierungsmechanismus reduzieren, der zwar der neoklassisch-neoliberalen „Markt“-Konzeption entgegenkommt, aber eben mit der Vorstellung von sich Gleichmachenden („Optimierenden“) und Gleichgemachten („Optimierten“) auch eine Verminderung kultureller Diversität impliziert – von der Beeinträchtigung der Entwicklungsfähigkeit einzelner, vor allem der hierarchisch untergeordneten regionalen Kulturen ganz abgesehen. Das Ökosystem dagegen „denkt“ ja nicht daran, sich durch ausschließlich uniformierende Mechanismen „totzuoptimieren“ oder „totzuimitieren“, sondern sichert – sofern es vor „markt“-idologisch verrenkten Eingriffen verschont bleibt – seine Überlebensfähigkeit und Leistungsfähigkeit gerade durch gesonderte Diversifizierungsmechanismen, wie zum Beispiel permanentes Mutieren, also „Experimentieren“ bis in die elementarsten bio-chemischen Prozesse hinein, sowie durch die Sicherstellung einer nicht beliebigen Kreuzungsfähigkeit („Isolationsfaktoren“). Gerade diese Isolationsfaktoren verweisen – in sozio-ökonomischen Zusammenhängen interpretiert – auf die Notwendigkeit einer bewußten Beschränkung gegenüber beliebigem inter-regionalem Kulturexport durch die reichsten und mächtigsten Staaten sowie einer Sicherung, Bewahrung und För-

derung regionaler kultureller Identitäten. Aufschließung und Interaktion einerseits, Abschließung und relative Eigenentwicklung („Isolation“) andererseits müssen in einem produktiven Wechsel zueinander stehen.

Dabei wird auch *Zeit* zur kritischen Variable. Evolution braucht Zeit, und die Entfaltung der Potentiale, die in Beziehungen, Kooperationen und Netzwerken stecken, etwa das Innovationspotential von Vertrauen im Rahmen von Netzwerk-Strukturen (12), braucht Zeit. Die mechanistische Vorstellung einer beliebigen Beschleunigungsfähigkeit von Prozessen unter der Vorherrschaft eines „markt“- und preis-mechanistischen Weltbildes kann Entwicklung behindern, indem sie ihr die notwendige Zeitgrundlage entzieht. Die offensive Sicherung kultureller Diversität dagegen würde Eigenentwicklungen nach Eigenzeiten der individuellen regionalen kulturellen Systeme ermöglichen. Damit stünde schließlich nicht nur ein ökonomisch und sozial effektiverer, sondern auch friedlicherer Entwicklungstyp in Aussicht. (13)

Zwei verschiedene Kulturen besitzen aufgrund der je spezifischen *Pfadabhängigkeit* ihrer Entwicklung, die sie aufgrund einer rekonstruierbaren Bedingungskonstellation genau an jenen Punkt des sozio-kulturellen Raumes gebracht hat, an dem sie stehen, heute nur jeweils bestimmte Inseln von Zukunftsmöglichkeiten. Entwicklungen außerhalb dieser Möglichkeiten, insbesondere der Import fremder Modelle, können zum kulturellen Bruch führen, der mit Sicherheit hohe regionale soziale Kosten verursacht. Der Sozio-Ökonom Roger Sugden hat in diesem Sinne ein Konzept für *multinational webs* vorgeschlagen und ähnlich charakterisiert: „Strategien müssen der speziellen Geschichte Rechnung tragen ... Es reicht nicht einmal aus, in der jeweiligen lokalen Geschichte verwurzelt zu sein, multinationale Netze können nur aus dieser Geschichte heraus entstehen und ausgebildet werden.“(14) Grabher und Stark haben ähnlich mit Blick auf die Transformationsprozesse in Osteuropa gewarnt: „...eine umfassende Privatisierung und Marktausrichtung mag kurzfristig die *Anpassung* fördern, aber der daraus folgende Verlust an organisatorischer Diversität wird die

Anpassungsfähigkeit auf lange Sicht hemmen.“(15) Wer das regionale Sozialkapital, die wirkliche Quelle von (sozialintegrierter) Innovationsfähigkeit, auf dem Altar der globalen „Wettbewerbsfähigkeit“ opfert und zwangsmodernisiert, wird auch auf dem Gebiet der globalen Handlungsfähigkeit der Region mittelfristig scheitern.

Aufgaben moderner heterodoxer Ökonomik

Diversität und gleichberechtigte Kooperation der Kulturen müssen gestaltet werden und werden natürlich in zahllosen Initiativen regionaler oder international vernetzter Art bereits organisiert. Einer hierarchischen Uniformierung stehen also immer wieder auch *bottom-up*-Prozesse entgegen; diese reichen von einzelnen lokalen Agenda-21-Prozessen über die Anti-WTO- und Anti-IMF-Bewegung (von Seattle 1999 bis Philadelphia und Prag 2000) bis hin zur mexikanischen Chiapas-Bewegung, die versucht, ihren Widerstand gegen die zerstörerischen Folgen „neoliberaler“ Weltmarkt-Konditionierung in ihrer Region in von ihr organisierten internationalen Konferenzen, gerade unter dem Aspekt des Erhalts regionaler Kulturen, zu erörtern.

Friedensfördernde Prozesse müssen als regionale gesellschaftliche Basis-Prozesse auf den „Kriegs“-Schauplätzen organisiert werden. Es kommt also darauf an, die Abläufe zu entschleunigen und auf Ermittlung, Bewußtmachung, Akzeptanz und Förderung der kulturellen, historisch-pfadspezifischen Eigenheiten der Regionen und ihrer Vielfalt abzustellen.

Ohne behaupten zu wollen, daß die zahlreichen Regionen-Netze, die vor allem in der EU und von der EU gefördert werden, nicht auch gleichberechtigte kooperations- und entwicklungsfördernde Aspekte hervorbringen: die beherrschende Vorstellung einer inter-regionalen Kooperation durch intensiviertes (und beschleunigtes) „Aufschließen“ und durch permanenten Vortrags- und Beratungstourismus aus den „entwickelten“ in die „unterentwickelten“ Regionen bedarf natürlich einer grundlegenden Revision.

Wir sind weit davon entfernt, ein klares Bild von den theoretischen und praktischen Zusammenhängen sowie den Handlungsmög-

lichkeiten im globalen inter-regionalen und inter-kulturellen System zu besitzen. Angeichts machtbasierter und ideologisch verstärkter kultureller Zerstörung, Beschleunigung und Diversitätsreduktion kann die globale Gesellschaft außerdem immer weniger auf ungehinderte evolutionäre intra- und inter-regionale Prozesse setzen. Mit Sicherheit bedarf es aber der erneuten, aktuellen Analyse von „alten“ Themen – im Sinne eines systematischen Rückgriffs auf überwunden geglaubte Probleme und Thematiken – wie „Interventionismus und Neo-Imperialismus“, „Macht und Verteilung“ oder „Reichtum/Armut und Demokratie“ – und, last not least, bedarf es der Neubestimmung un-“moderner“ (regionaler) kultureller Werte und eines Modernitätskonzepts nach menschlichem Maß. Diese Debatten sind immerhin international angelaufen.(16)

Literatur

Amin, Ash (1999), An Institutional Perspective on Regional Economic Development, in: „International Journal of Urban and Regional Research“, Heft 2, S. 365-378.

Amin, Samir (1999), Capitalism, Imperialism, Globalization, in: R. M. Chilcote, (Hg.), The Political Economy of Imperialism: Critical Appraisals, Boston/Dordrecht/London, S.157-168.

Bourdieu, Pierre (1998), Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz. Büscher, Martin (Hg.) (1998), Markt als Schicksal? Zur Kritik und Überwindung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bochum.

Chossudovsky, Michel (1997), The Globalisation of Poverty. Impacts of IMF and World Bank Reforms, Penang (Malaysia).

Delorme, Robert und Dopfer, Kurt (Hg.) (1994), The Political Economy of Diversity. Evolutionary Perspectives on Economic Order and Disorder, Aldershot, UK/Brookfield, US.

Elsner, Wolfram (1998), Die Zukunft unserer Städte und Regionen. Städte und Regionen im Konkurrenzkampf und die Kehrseiten des Neuen Regionalismus, in: „WSI-Mitteilungen“, Heft 11, S.778-786.

Ders. (2000), An Industrial Policy Agenda 2000 And Beyond – Experience, Theory and Policy, in: W. Elsner und J. Groenewegen (Hg.), Industrial Policies After 2000, Boston/Dordrecht/London, S.411-486.

Grabher, Gernot und Stark, David (1997), Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis and Postsocialism, in: „Regional Studies“, Heft 5, S.533-544.

Henkel, Heinrich A., Neumann, Lothar F. und Romahn, Hajo (Hg.) (1998), Gegen den gesellschaftspolitischen Imperialismus der reinen Ökonomie. Gedächtnisschrift für Gerhard Weisser, Marburg.

Hodgson, Geoffrey M. (1994), Art. „Evolution, Theories of Economic“, in: G.M. Hodgson, W.J. Samuels und M.R. Tool (Hg.), The Elgar Companion to Institutional and Evolutionary Economics, Aldershot, UK/Brookfield, US, Bd.1, S.218-224.

Jacob, Willibald, Moneta, Jakob und Segbers, Franz (Hg.) (1996), Die Religion des Kapitalismus. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes, Luzern.

Keyman, E. Fuat (1997), Globalization, State, Identity/Difference. Toward a Critical Social Theory of International Relations, New Jersey.

Lovering, John (1999), Theory Led by Policy: The Inadequacies of the „New Regionalism“, in: „International Journal of Urban and Regional Research“, Heft 2, S.379-395.

Rodrik, Dani (1997), Has Globalization Gone Too Far?, Washington (Institute for International Economy).

Sugden, Roger (1996), Multinational Economies and the Law of Uneven Development, Occasional Papers in Industrial Strategy, Nr. 37, Research Center for Industrial Strategy, The University of Birmingham.

Todd, Emmanuel (1999), Die neoliberale Illusion, Zürich.

Ulrich, Peter (1998), Wider die totale Marktgesellschaft – Zur Ideologie-Kritik des neoliberalen Ökonomismus aus der Perspektive der integrativen Wirtschaftspolitik, in: W. Elsner, W.W. Engelhardt und W. Glastetter (Hg.),

Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute, Festschrift für Siegfried Katterle, Berlin, S.121-143.

Unger, Brigitte und van Waarden, Frans (Hg.) (1995), Convergence or Diversity? Internationalization and Economic Policy Response, Aldershot, UK/Brookfield, US.

Anmerkungen:

(1) Vgl. z. B. Todd 1999.

(2) Zur Kritik sei schon an dieser Stelle generell auf die kritische ökonomische Diskussion über die „Religion des Kapitalismus“ (Jacob u.a. (Hg.) 1996), den „gesellschaftspolitischen Imperialismus der reinen Ökonomie“ (Henkel u.a. (Hg.) 1998) oder die „totale Marktgesellschaft“ (Ulrich 1998) verwiesen (vgl. z.B. a. Büscher (Hg.) 1998).

(3) Vgl. z.B. Chossudovsky 1997, Rodrik 1997.

(4) Keyman 1997, z.B. S. 47 f.; vgl. z. B auch Unger, van Waarden (Hg.) 1995.

(5) Vgl. z. B. S. Amin 1999.

(6) Vgl. z.B. Lovering 1999, A. Amin 1999.

(7) Vgl. z. B. Elsner 1998.

(8) In abgeschwächter, aber inzwischen schon recht populärer Form hat z. B. Rodrik (1997) diesen Gedanken in die internationale Diskussion gebracht.

(9) Vgl. z. B. Elsner 2000.

(10) Vgl. z.B. Delorme, Dopfer (Hg.) 1994.

(11) Vgl. z.B. Hodgson 1994.

(12) Vgl. z. B. Elsner 2000.

(13) Das Beispiel des Staates Bhutan hat bisher leider nur den Status einer exotischen Geschichte für die „bun-ten Seiten“ der Presse; sollte dieses Land so weitermachen, wird die imperialistische Zwangsöffnung bald erfolgen.

(14) Sugden 1996, S.28.

(15) Grabher, Stark 1997, S.533.

(16) Symbolisch für viele: Bourdieu 1998.

3. Hermes beweg Dich! Von Swaantje Fock, Regine Richter und Heike Drillisch

Hermesbürgschaften sind das bedeutendste Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung, zuständig für die Absicherung deutscher Exporte in Schwellen- und Entwicklungsländer gegen wirtschaftliche und politische Risiken. In den letzten Jahren sorgte Hermes durch die Verbürgung katastrophaler Großprojekte immer wieder für Skandale.

Zu den kritischen Projektkategorien gehören vor allem Megastaudämme, Zellstoff- und Papierfabriken sowie immer noch AKWs.

So wurden in den letzten Jahren z.B. Bürgschaften für den Drei-Schluchten-Staudamm in China gewährt, bei dem der Jangtsefluß aufgestaut wird. Riesige Flächen fruchtbaren Bodens werden bei der Überflutung vernichtet, Jahrhunderte alte Kulturdenkmäler zerstört. Im Rahmen dieses Projektes soll die größte Umsiedlung überhaupt stattfinden: mindestens 1,8 Mio. Menschen aus 140 Städten sowie 16000 Fabriken. Die Durchführbarkeit der Umsiedlungspläne ist noch immer fraglich, es steht nicht genug Wohnraum zur Verfügung, auch Ackerland und Arbeitsplätze sind bislang zu knapp. Nicht berücksichtigt werden zudem die durch unterschiedliche Konfessionen resultierenden Probleme. In einigen Gebieten hat die Umsiedlung bereits zu ethnischen Konflikten geführt.

Auf der "Hitliste" für Hermesbürgschaften stehen darüber hinaus Lieferungen für Zellstoffwerke und Papierfabriken in Indonesien. Der erzeugte Holzbedarf führt zur Zerstörung großflächiger noch intakter (Regen-)Wälder, bis zu 40% gehen auf illegale Einschläge zurück. Nachbarn der Zellstoff- und Papierwerke klagen über Haut- sowie Atemwegserkrankungen und den Fischern bleibt flussabwärts der Fang aus.

Besonders pikant in Zeiten des deutschen Atomausstiegs ist die Verbürgung von Zulieferungen zu Atomkraftwerken, sei es für Ausbauten (z.B. Argentinien, 2000), Sanierungsmaßnahmen (z.B. Litauen, 2000) oder gar Neubauten (z.B. China, 2000). Auf ein definitives NEIN zum Bau des brasilianischen Atomkraftwerkes Angra 3 warten wir bisher vergebens.

Seit 1997 fordert ein breites Bündnis von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen die überfällige Reform der Hermesbürgschaften ein. Diese Reform

wurde in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung versprochen. Im April 2001 verabschiedete der für die Bürgschaftsvergabe zuständige Interministerielle Ausschuss (IMA) das Reförmchen "Hermesleitlinien". Diese blieb jedoch weit hinter unseren Reformforderungen nach Transparenz, verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards, Kohärenz und Ausschlusskriterien zurück. Deckungen für höchst strittige Projekte werden nicht verhindert, wie die bewilligte Hermesbürgschaft vom Oktober 2001 für den Tehri-Staudamm in Indien zeigt.

Für diesen Damm müssen ca. 100.000 Menschen umgesiedelt werden, seine Wirtschaftlichkeit ist höchst fragwürdig, fruchtbares Land und historische Denkmäler werden in den Fluten versinken und gegen die Betreibergesellschaft wird wegen Korruption ermittelt.

Bis Ende Oktober wurde eine Bürgschaftsvergabe durch eine Sperre vom Auswärtigem Amt und BMZ im IMA verhindert, gespeist durch eine breite öffentliche Diskussion und die vehemente Kritik am Projekt durch die developmentpolitischen SprecherInnen der Koalitionsparteien. Dann boxte der Kanzler die Bürgschaft durch, gerade bevor er mit dem Antragsteller der Bürgschaft, dem Siemenschef Pierer, nach Indien reiste.

Ende November 2001 wurde eine erste Flutung angekündigt, obwohl im davon in Mitleidenschaft gezogenen Alt-Tehri noch 10 000 Menschen wohnten. Per Zeitungsanzeige wurden die Menschen darauf hingewiesen, dass sie den Ort zu verlassen hätten, wobei ein erheblicher Teil der Bevölkerung dort weder lesen noch schreiben kann. Solche Vertreibung anstatt von Umsiedlung ist auch nach indischem Recht illegal.

Trotz Reförmchen ändert sich also bei Hermes nichts. Auch unterstützen Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Investitions Garantien für Kapitalanlagen im

Ausland kritische Großprojekte. Während die Entwicklungszusammenarbeit mehr und mehr auf Armutsbekämpfung und Krisenprävention sowie auf mehr Kohärenz verschiedener Politikbereiche miteinander setzt, bleibt in der Außenwirtschaftsförderung alles beim alten. Dabei ist sie ein besonders wichtiger Ansatzpunkt für eine nachhaltige, kohärente sozial- und umweltverträgliche Politik. Ist doch das Volumen der Exportförderung viel größer als das der Entwicklungszusammenarbeit: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat in 2002 nur ein Jahresbudget von etwa 3,6 Mrd. EURO, während 2001 allein Hermesbürgschaften für 16,6 Mrd. EURO vergeben wurden.

Dabei darf es gerade im Rahmen einer kohärenten, nachhaltigen Politik nicht passieren, dass z.B. in der gleichen Region, in der über Entwicklungszusammenarbeit Aufforstungs- und Flussanierungsprojekte unterstützt werden, über Außenwirtschaftsförderung den Bau von Zellstoff- und Papierwerken gefördert wird, die zu Abholzung und Flussverschmutzung führen.

Unsere Forderungen an die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung sind

- Klar definierte Ausschlusskriterien (Atom, Rüstung, Umsiedlung)
- Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung für ALLE beantragten Bürgschaften mit möglichen negativen Auswirkungen (unabhängig vom deutschen Lieferanteil)
- Transparenz durch Information und Beteiligung der Öffentlichkeit VOR der Bürgschaftsvergabe sowie wirksame parlamentarische Kontrolle
- Kohärenz der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungs- sowie Umweltpolitik
- Eine ernsthafte Wirtschaftlichkeitsprüfung von Projekten, auch unter dem Aspekt der

Korruption. So können wirtschaftlich unsinnige Projekte, die nur zur Verschuldung der Bestellerländer führen, vermieden werden

- Die bevorzugte Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Exporte
- Eine unabhängige Kommission, die den Effekt der bisherigen Hermesleitlinien prüft und Vorschläge für verbesserte Leitlinien macht (interdisziplinär besetzt: ParlamentarierInnen, Zivilgesellschaft, WissenschaftlerInnen, Wirtschaft)

Eine wirkliche Hermesreform konnte durch eine starke Wirtschaftslobby verhindert werden, gegen die nur breiter gesellschaftlicher Druck hilft. Darum rufen wir zur "Hermesbeweg Dich!" Kampagne auf. Im Jahr 2002 wollen wir dazu die doppelte Dynamik von Bundestagswahl und dem Rio +10 Prozess ausnutzen.

Die Kampagne informiert über das Thema Hermes und weitere Außenwirtschaftsinstrumente. ParlamentarierInnen und solche, die es werden wollen, sollen in ihren Wahlkreisen durch Fragebögen, Anfragen und Diskussionen um die Auswirkungen der jetzigen Außenwirtschaftspolitik mit dem Thema konfrontiert werden. Dadurch wollen wir erreichen, dass nach der Bundestagswahl das Thema einer Reform der Außenwirtschaftsförderung, inklusive einer echten Hermesreform, neu angegangen wird.

Dafür suchen wir Gruppen (Umwelt-, Menschenrechts-, Friedens-, Entwicklungspolitische Gruppen), die Lust haben, ihren lokalen KandidatInnen auf den Zahn zu fühlen.

Bei Interesse meldet Euch bei urgewald 02583/1031 (Swaantje Fock, Regine Richter) oder bei Weed (Heike Drillisch, Tel. 02263-801120).

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite www.hermes-beweg-dich.de

4. Multilaterale Organisationen und die Architektur globaler Macht. Vorschlag eines pluralistischen Systems der globalen wirtschaftlichen Macht von Walden Bello

Es besteht ein dringender Bedarf nach einem alternativen System der globalen Machtstruktur. Wir sind nicht der Ansicht, dass das Nachdenken über ein alternatives System globaler Herrschaft eine Aufgabe ist, die sich zum Großteil noch in einem urzeitlichen Stadium befindet. Unserer Meinung nach sind viele oder die meisten der grundlegenden und weitreichenden Grundsätze für eine alternative Ordnung bereits vorhanden, und es ist einzig und allein eine Frage, inwiefern sich konkrete Gesellschaften auf diese weitreichenden Prinzipien in einer Art festlegen, welche die Vielfalt der Gesellschaften respektiert.

Diese Arbeit an Alternativen ist sowohl in Vergangenheit und Gegenwart erfolgt, eine Leistung zu der bereits viele aus Nord und Süd beigetragen haben. Erlauben Sie uns die wichtigsten Punkte dieser kollektiven Bemühung unter der Rubrik „Deglobalisierung“ vorläufig zusammenzufassen. Obwohl das folgende Modell sich hauptsächlich auf die Situation der Länder des Südens bezieht, sind viele Aspekte ebenfalls relevant für die Gesellschaften und die Volkswirtschaften des Nordens.

Was ist Deglobalisierung?

Wir sprechen nicht davon sich von der internationalen Wirtschaft zurückzuziehen.

Wir sprechen von einer Umorientierung unseres Wirtschaftens, von der Verlagerung des Schwerpunktes einer exportorientierten Produktion hin zu einer binnenmarktorientierten Produktion;

- von der eigenständigen Gewinnung und Nutzung des größten Teils unserer finanziellen Ressourcen für Entwicklung, statt von der Abhängigkeit von Fremdinvestitionen und ausländischen Geldmärkten;
- von der Durchsetzung der langfristig aufgeschobenen Maßnahmen der Umverteilung von Einkommen und Boden, um einen dynamischen Binnenmarkt zu schaffen,

welcher der Anker der Wirtschaft wäre;

- von geringerer Betonung des Wachstums zugunsten einer Maximierung der Gerechtigkeit, um das wirtschaftliche Ungleichgewicht radikal zu reduzieren;
- davon, strategische wirtschaftliche Entscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern sie zum Gegenstand demokratischer Wahlen zu machen
- darüber, den privaten Sektor und den Staat einer konstanten Kontrolle durch die Zivilbevölkerung zu unterziehen;
- von der Schaffung eines neuen Produktions-, und- Verteilungssystems, welches Kooperativen, private und staatliche Unternehmen mit einschließt und multinationale Gesellschaften ausschließt;
- von der Aufrechterhaltung des Subsidiaritätsprinzips im wirtschaftlichen Leben durch die Ermutigung, Güter in den Gemeinschaften und im nationalen Rahmen zu produzieren, sofern dies zu günstigen Kosten geschehen kann, damit die Gemeinschaften erhalten bleiben;

Darüber hinaus sprechen wir über eine Strategie, die bewusst die Logik des Marktes und das Streben nach Kosteneffizienz den Werten der Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft unterordnet. Wir sprechen, um die Worte des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zu verwenden, über die Wiedereinbindung der Wirtschaft in die Gesellschaft, anstatt darüber, wie die Wirtschaft Gesellschaft regieren kann.

Pluralistische globale Machtstruktur

Deglobalisierung oder die Wiederbelebung der lokalen und nationalen Märkte kann trotz allem nur Erfolg haben, wenn sie in einem alternativen System der globalen wirtschaftlichen Macht stattfindet. Welches sind die Grundzüge einer solchen weltweiten Ordnung?

Die Antwort liegt in unserer Kritik des Bretton-Wood und WTO Systems als ein gigantisches System allgemeingültiger Regeln, eingerichtet von stark zentralisierten Institutionen, zugunsten der Interessen von Kapitalgesellschaften, insbesondere US-amerikanischer Kapitalgesellschaften. Der Versuch, dieses durch ein anderes globales System von Regeln und Institutionen, welches auf anderen Prinzipien aufgebaut ist, zu verdrängen, kann in dieselbe Falle führen, in die schon andere Organisationen wie IBM, IWF und die Sowjetunion gegangen sind: Das Unvermögen, die Vielfalt zu tolerieren und von ihr zu profitieren. Zufällig sind die Ideen, die Notwendigkeit ein zentrales Systems weltweiter Regeln nicht in Frage zu stellen, und die, dass wir vor der Herausforderung stehen, die neoliberalen Regeln durch sozialdemokratische zu ersetzen, Überbleibsel einer technoptimistischen Variante des Marxismus, die sowohl die sozialdemokratische als auch die leninistische Weltanschauung beeinflussen, und beide, wie die indische Autorin Arundhati Roy es ausdrücken würde, zu einer Vorliebe für „Gigantomanie“ führen.

Was wir heutzutage brauchen ist nicht eine weitere zentralisierte globale Institution, sondern die Dekonzentration und Dezentralisierung der institutionalisierten Macht und statt dessen die Errichtung eines pluralistischen Systems von miteinander agierenden Institutionen und Organisationen, geleitet von weitreichenden und flexiblen Abkommen und Vereinbarungen.

Wir sprechen hier nicht über etwas komplett Neues. Es war schließlich ein solches pluralistisches System globaler wirtschaftlicher Macht zwischen 1950 und 1970, als die Hegemonialmacht noch nicht unter vereinnahmenden und mächtigen multilateralen Organisationen und Institutionen aufgeteilt war, in welchem einige lateinamerikanische und asiatische Länder fähig waren, einen gewissen industriellen Fortschritt zu erreichen. Es war ebenfalls ein solches pluralistisches System, mit einem allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT), welches in seiner Macht begrenzt war, und somit flexibel eher der besonderen Situation der Entwicklungsländer entsprechen konnte, so dass die östlichen und

südöstlichen asiatischen Länder in der Lage waren, durch aktiven staatlichen Handel und industrielle Strategien, welche sich signifikant von den auf dem freien Markt basierenden der WTO unterschieden, zu Industrienationen zu werden.

Natürlich waren weder die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, welche vorrangig einen Versuch darstellten, zu Beginn der 80er Jahre einen weltweiten freien Markt aufzubauen, ideal, noch die daraus resultierenden Wirtschaftssysteme der Dritten Welt. Es fehlte der Bezug zu den Notwendigkeiten, die in den jüngsten Ansätzen der feministischen, ökologischen Bewegung und in der späten Wirtschaftslehre der Entwicklungsländer beleuchtet werden. Wir möchten lediglich herausstellen, dass die Situation vor 1994 die Tatsache unterstreicht, dass die Alternative zu einem wirtschaftlichen, um die Einheit von Weltbank, IWF, und WTO aufgebauten Pax Romana nicht die Errichtung des Hobbes'schen Naturzustandes sein kann.

Wir möchten lediglich betonen, dass die Wirklichkeit der internationalen Beziehungen in einer Welt, gekennzeichnet von einer Vielfalt internationaler und regionaler Institutionen, die einander kontrollieren, weit von dem propagierten Bild einer „gemeinen“ und „rohen“ Welt abweicht. Natürlich ist die Drohung einer unilateralen Aktion der Mächtigen in so einem System immer präsent, aber es ist eine, vor der selbst die Mächtigsten zurückschrecken, sowohl aus Angst vor Konsequenzen, die ihre Legitimation betreffen, als auch aus Angst, den Zusammenschluss von gegnerischen Koalitionen zu provozieren.

In anderen Worten, die Entwicklungsländer und die internationale Zivilgesellschaft sollten nicht darauf abzielen, die von multinationalen Gesellschaften geführten WTO und Bretton-Woods Institutionen zu reformieren, sondern, durch eine Kombination von aktiven und passiven Maßnahmen diese a) zu entmachten b) zu neutralisieren (z.B. den IWF in eine reine Forschungseinrichtung umzuwandeln, die die Wechselkurse von weltweiten Kapitalströmen überwacht); oder c) radikal ihre Macht zu reduzieren und sie zu einem einfachen Mitspielern zu machen, welche neben anderen internationalen Organisationen, Vereinbarun-

gen und regionalen Zusammenschlüssen existieren und auch von diesen kontrolliert werden. Diese Strategie würde gleichzeitig andere Institutionen wie UNCTAD, multilateraler Umweltabkommen, oder der internationalen Arbeiterorganisation stärken, und ökonomische Blöcke wie MERCOSUR in Südamerika, SAARC in Südasien, SADDAC in Südafrika, sowie einen wiederbelebten ASEAN in Südostasien fördern. Einer der Schlüsselaspekte dieser „Stärkung“ ist natürlich die Garantie, dass diese Zusammenschlüsse sich so entwickeln, dass sie auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind und keine regionalen Eliteprojekte bleiben.

Vor allem würde dies jedoch die Bildung neuer internationaler und regionaler Institutionen fördern, welche der Errichtung und dem Schutz des Raumes gewidmet sind, in dem einen größeren Teils der Produktion, des Handels, und der ökonomischen Entscheidungsfindung auf die nationale und regionale Ebene übertragen werden. Die Hauptaufgabe von internationalen Organisationen in einer Welt, in der die Toleranz von Vielfalt ein zentrales Prinzip der wirtschaftlichen Organisation ist, besteht darin, wie der britische Philosoph John Cray formuliert, „lokale und nationale Kulturen durch das Darstellen und Schützen ihrer unverwechselbaren, charakte-

ristischen Praktiken zu hervorzuheben und zu schützen.“(1)

Mehr Freiraum, mehr Flexibilität, mehr Kompromisse – das sollten die Ziele der Agenda des Südens und der internationalen Zivilgesellschaft sein, nach denen ein neues weltumspannendes Wirtschaftssystem aufgebaut wird. Es wird eine stärker sich verändernde, weniger hierarchische, mehr pluralistische Welt sein, mit vielfältigen Kontrollmechanismen, in der die Nationen und Gemeinschaften des Südens – und des Nordens -, den Raum schaffen können, in dem sie sich ihren Werten, ihrem Rhythmus und den Strategien ihrer Wahl entsprechend entwickeln.

Übersetzerin : Dunja Schumacher

Anmerkungen

* Geschäftsführender Direktor von Focus on the Global South, einem Programm für Forschung und Analyse des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Universität Chulalongkon (CUSRI, Chulalongkon University Social Research Institute) in Bangkok, Thailand; des weiteren Professor für Soziologie und öffentliche Administration an der philippinischen Universität.

(1) John Gray, *Enlightenment's Wake* (London, Routledge, 1995, S. 181)